

Einführung

Die Endphasen autoritärer oder totalitärer Herrschaft sowie damit verbundene Demokratisierungsprozesse können sehr unterschiedlich sein (etwa der Tod eines Diktators, eine vom Volk getragene Revolution oder einfach ein unerwarteter Wahlausgang) und vielfältige Folge zeitigen. Eine Ende der 90er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends zu beobachtende Tendenz war der Sturz autoritärer Führer durch „farbige Revolutionen“, eine im angelsächsischen Raum inzwischen eingebürgerte Bezeichnung. Diese haben Tausende Menschen mobilisiert, die die Symbolkraft bestimmter Farben nutzten, auf die Straße gingen und ihrer Unzufriedenheit mit dem bisherigen Regime Luft machten, während die Opposition, legitimiert nicht zuletzt durch die Aktivitäten der Massen, von den staatlichen Autoritäten einen politischen Wechsel einforderte.

Versuche, solche Proteste mit Gewalt einzudämmen, waren in einigen Fällen erfolgreich, aber – überraschend genug – nicht selten sah die politische Elite auch davon ab, Polizei oder gar Armee gegen Demonstranten einzusetzen. Man mag sich verwundert fragen, was die Menschen wohl bewogen hat, zu Hunderten und Tausenden auf die Straße zu gehen (wie in Georgien oder der Ukraine) und warum einige lokale Eliten es vorzogen abzutreten, während andere (etwa in Weißrussland oder Usbekistan) alles taten, um an der Macht zu bleiben. Als an den Vorgängen in den früheren sozialistischen Staaten interessierte Sozialwissenschaftler hatten wir das Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein, und konnten fasziniert auf die Geschehnisse blicken, ihre Triebkräfte, ihre Charakteristika und jenen Wandel, den sie der Geopolitik aufzwingen. Dieses Themenheft von *Totalitarismus und Demokratie* ist ein erster Versuch, Antworten zu geben auf einige der grundlegenden Fragen, die uns das Phänomen der „farbigen Revolutionen“ stellt.

Gewaltlose Protestmethoden zur Erreichung politischer oder sozialer Ziele haben die Menschen seit langem beschäftigt. Die Praxis des Hungerstreiks beispielsweise, um jemanden bloßzustellen, damit er einer bestimmten Gruppierung Gerechtigkeit widerfahren läßt, wird in Irland seit zwei Jahrtausenden angewandt. Der erste Versuch einer konzisen Strategie des gewaltlosen Kampfes findet sich bereits im 18. Jahrhundert im *Discours de la servitude volontaire* Étienne de La Boéties, der sich fragte, warum Menschen dazu neigen, Anweisungen zu folgen, selbst wenn diese sich gegen ihre ureigensten Interessen richten. Es war diesen gewaltlosen Protestformen jedoch erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts vergönnt, in den Rang einer Primärstrategie aufzusteigen, nicht zuletzt unter dem Einfluss herausragender Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Die Menschen begriffen, dass sie mittels gemeinschaftlicher Aktionen, bei denen man bewusst auf gewaltsame Mittel verzichtete, viel erreichen konnten. Der Erfolg oder Misserfolg von gewaltloser Aktion war dabei fast immer abhängig von der Natur des jeweils zur Disposition stehenden Regimes. Die Marschrichtung der Bürgerrechtsbewegung in den Ver-

einigten Staaten und Nordirland während der 60er Jahre rief die Tatsache ins Bewusstsein, dass die Initiierung von Reformen, das Maß von Gewalt und letztlich das Ergebnis entscheidend beeinflusst werden von der Fähigkeit des Staates, sich der Belange der Bürger anzunehmen und die involvierten nicht-staatlichen Akteure zu kontrollieren. Eine von Bürgerrechtsaktivisten angeregte konzertierte Regierungskampagne der Johnson-Administration mit dem Ziel der umgehenden Ahndung von Akten der Diskriminierung und Rassentrennung baute seinerzeit Spannungen ab und trug erheblich dazu bei, das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen dauerhaft zu entkrampfen. In Nordirland dagegen erwiesen sich die staatlichen Behörden als unfähig, Reformen auf den Weg zu bringen, weil die *raison d'être* des Staates auf antikatholischer Diskriminierung beruhte. Wie auch das südafrikanische Apartheid-Regime und die kommunistischen Staaten Osteuropas zeigten, führt Reformunfähigkeit oft zum vollständigen Zusammenbruch und zur Entstehung neuer politischer Strukturen.

Gewaltlose Bewegungen wurden in den 70er und 80er Jahren im östlichen Europa populär; sie eröffneten eine Möglichkeit, sich dem kommunistischen Apparat zu widersetzen, ohne sofortige Repressionsmaßnahmen hervorzurufen. Die Aktivitäten der polnischen *Solidarność* im Jahr 1981 zeigten auf eindrucksvolle Weise, wie stark und erfolgreich solche gewaltlosen Proteste sein konnten. Am Ende der Perestrojka waren gewaltlose Protestbewegungen ein verbreitetes Phänomen. Während die *Solidarność* vor allem für bessere Arbeitsbedingungen gefochten hatte, zielten die Proteste Ende der 80er Jahre auf eine grundlegende Veränderung der politischen Ordnung. Die besten Beispiele dafür sind die tschechoslowakische „samtene Revolution“ und die ostdeutsche „friedliche Revolution“. In der UdSSR wurde im Jahr 1989 eine Kette von zwei Millionen Menschen von Wilna bis Tallinn gebildet, um die Unabhängigkeit der baltischen Republiken zu erstreiten. Obwohl die Behörden manchmal (wie in Tiflis 1989 und in Wilna 1991) Demonstranten töteten, hielten diese an der Strategie friedlicher kollektiver Aktion fest. Die Bewegung der „Macht der Massen“ blieb nicht auf Osteuropa beschränkt. Die Philippinen, Südkorea, Birma, China und eine Reihe anderer Staaten erlebten das Aufkommen gewaltloser Protestbewegungen, deren Ende nicht immer friedlich war.

1991 publizierte Gene Sharp, der damals bereits für seine Liste von (198) Methoden gewaltfreier (politischer) Aktionen bekannt war und das Albert-Einstein-Institut in Boston gegründet hatte, ein Buch unter dem Titel *From Dictatorship to Democracy*. Ausgehend von seiner Theorie der Macht, entwickelte Sharp eine umfassende Strategie zum Sturz von Diktatoren durch gewaltfreie Methoden, die mittels vereinter Kräfte der Opposition wie der Zivilgesellschaft auf eine breite Mobilisierung zielen sollten. In mehrere Sprachen übersetzt, war das Buch ein unbezahlbarer Ratgeber mit praktischen Anleitungen, wie man gewalttätige Konfrontationen vermeiden und so bessere Ergebnisse erreichen konnte. Das Buch bot eine Alternative nicht nur für die Opposition, sondern auch für internationale Akteure. Internationale Geldgeber bekundeten ihr Interesse, um den Mitteleinsatz zu optimieren. Zivilgesellschaftliche Bewegungen sollten eine

bessere soziale Verwurzelung erreichen und den Wandel in effektiver Weise vorantreiben. Dieser internationale Ansatz wurde durch eine veränderte innenpolitische Strategie flankiert. Unzufrieden mit den vorherrschenden politischen Gegebenheiten, begannen Menschen aus einer Reihe vormals sozialistischer Staaten damit, sich auf zivile Initiativen zu konzentrieren, um das politische Bewusstsein der Menschen zu stärken und Veränderungen voranzutreiben. Die Früchte dieser neuen Strategie zeigten sich bald in vielen postkommunistischen Staaten – von Serbien, Georgien und der Ukraine bis zu den entlegensten Winkeln des einstigen Sowjetimperiums. Man kann die Anzahl der Fallbeispiele noch erhöhen, zieht man Staaten wie Nepal, den Iran oder Birma in Betracht, aber es herrscht bislang kein Konsens, ob sich der Begriff der „farbigen Revolutionen“ auch auf ähnliche Phänomene jenseits der Grenzen des vormals kommunistischen Lagers anwenden läßt.

„Farbige Revolutionen“ lassen sich durch fünf Merkmale charakterisieren: erstens das Vorhandensein einer politischen Opposition, die nicht nur entschlossen und in der Lage ist, sich selbst dem Wahlvolk zu präsentieren, sondern auch die Fähigkeit entwickelt, die sozialen Kräfte gegen die politischen Autoritäten zu bündeln. Die politische Opposition etabliert dabei Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, vertieft ihre Verbindungen zur Gesellschaft und erreicht dadurch Glaubwürdigkeit bei staatlichen Autoritäten ebenso wie bei den Wählern. Das zweite Element ist die Bevölkerung selbst, welche die herrschende Klasse in einem bestimmten Moment als illegitim ansehen muss. Weil die Opposition alleine unfähig ist, mit ihren Botschaften die Wähler zu erreichen, braucht sie die Hilfe jener Akteure, die bereits in engem Kontakt mit der Gesellschaft stehen. Das bringt uns direkt zum dritten Punkt, der Rolle der Nichtregierungsorganisationen. NGOs und sonstige Vereinigungen haben verdientermaßen gesteigerte Aufmerksamkeit für das Bereitstellen von Techniken erlangt, mit denen bürgerschaftliches Engagement in politischen Angelegenheiten ermutigt werden kann. In vielen postkommunistischen Staaten standen diese Organisationen in der vordersten Front ziviler Kampagnen und Protestbewegungen und aktivierten erfolgreich große Teile der Gesellschaft für politisches Engagement in für das Schicksal einer Demokratie vitalen Fragen. Eng mit den NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen verbunden ist die Rolle des vierten Elements: die externen Akteure, d. h. teils fremde Regierungen, teils internationale Geldgeber. Diese externen Kräfte haben ihren Handlungsschwerpunkt von großen Unterstützungsmaßnahmen auf die Verfolgung kleinerer Ziele wie die Unterstützung bürgerschaftliche Kampagnen verlagert. Internationale Akteure können entscheidenden Einfluss auf das Gleichgewicht der Kräfte in einem Land nehmen. In vielen Bereichen bemühen sich die Eliten, NGOs und andere lokale Akteure der gesamten postkommunistischen Welt gleichermaßen um die Unterstützung Russlands oder der USA, also derjenigen Staaten, die um Einfluss in der Region ringen.

Schließlich sind fünftens die Vorbedingungen für solche Protestbewegungen wichtig. Eine relativ freie politische Atmosphäre ist nötig, damit sich eine Zivil-

gesellschaft entwickeln, ausländische Geldgeber die lokale Entwicklung unterstützen, eine unabhängige Medienlandschaft wachsen und die Opposition sich bilden und entfalten kann. Alle diese Vorbedingungen, die nur in einer relativ toleranten politischen Atmosphäre herrschen, sind entscheidend für den Ausgang einer Protestbewegung. In Usbekistan und Turkmenistan, wo jede Form der Opposition illegal ist, bestehen nur geringe Möglichkeiten, Veranstaltungen zu organisieren oder in Kontakt mit westlichen Akteuren zu kommen. In Russland und Weißrussland, wo alle ausländische Unterstützung für NGOs sich staatlicher Kontrolle unterwerfen muss – und eine Menge der bereitgestellten Mittel im Steuersäckel verschwindet –, ist es schwieriger, die Zivilgesellschaft zu unterstützen als etwa in der Ukraine oder in Kirgisistan. Wenn die staatlichen Autoritäten gar glauben, der Einsatz von Gewalt bringe größere Vorteile (im Bestreben, an der Macht zu bleiben) als Nachteile (etwa durch den Verlust von Ansehen auf internationalem Parkett), ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass (wie in Weißrussland und Usbekistan) eine solche Option Raum greift.

Ausgehend von der Annahme, dass diese fünf Elemente die wichtigsten sind, um das Phänomen der „farbigen Revolutionen“ zu verstehen, haben wir uns entschlossen, sie alle eingehend zu untersuchen. Das vorliegende Themenheft von *Totalitarismus und Demokratie* versucht mittels Fallstudien herauszufinden, wie jedes der erwähnten Elemente zum Erfolg oder Mißerfolg „farbiger Revolutionen“ beigetragen hat.

Der erste Beitrag ist der „samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei 1989 gewidmet. Stanislav Balík, Jan Holzer und Lubomir Kopeček gehen der Frage nach, wie die Zustimmung zur kommunistischen Herrschaft im Herbst 1989 schwand, als die Menschen Schritt für Schritt ihre Furcht verloren und gemeinsam handelten, um ihre Belange durchzusetzen. Die friedliche Demontage des Kommunismus in Mitteleuropa binnen weniger Monate kann als Beweis für die historische Kontinuität gewaltloser Revolutionen gesehen werden; das Aufblühen der Demokratie und des bürgerschaftlichen Engagements stellt ein Bindeglied zwischen den Massenbewegungen der Vergangenheit und denen der gegenwärtigen Welle „farbiger Revolutionen“ dar.

Simon Tordjman erforscht den Wandel der Strategien, derer sich internationale Geldgeber und inländische Organisationen bedienen. Angelehnt an das „Zivilgesellschafts-Paradigma“ geht Simon Tordjman einem Trend nach, der sich in der abnehmenden Finanzierung regierungsamtlicher Programme und der Umleitung der Finanzflüsse hin zur Unterstützung von NGOs niederschlägt. Dies wurde zur neuen Marschrichtung ab Mitte der 90er Jahre und hat dazu geführt, dass eine Anzahl von Institutionen – von der USAID bis hin zur deutschen Marshall-Stiftung – sich entschloss, die Unterstützung von Graswurzelbewegungen und auf die örtliche Bevölkerung konzentrierter Projekte als wesentlich für die Demokratisierung anzusehen. Das Hauptargument lautet, Demokratisierung beginne nicht von oben, benötige vielmehr eine solide Basis innerhalb der Bevölkerung. Nur wenn die Menschen die große Bedeutung der Demokratie verstehen, kann es unter günstigen Bedingungen zu politischem Wandel kommen.

Eine dieser Bedingungen – die Konsolidierung der Opposition – wird von Marlene Spoerri beleuchtet. Am Anfang ihres Beitrages steht die Frage, warum die Opposition in Serbien im Verlauf der 90er Jahre wiederholt daran scheiterte, eine gemeinsame Position zu erarbeiten, zumal dafür genügend Zeit und hinreichende Möglichkeiten zur Verfügung standen. Darüber hinaus erhebt sich die Frage, wie und warum dann im Jahr 2000 innerhalb weniger Monate eine belastbare Koalition entstand, als Neuwahlen überraschend anberaumt wurden und nur eine kurze Frist blieb, um eine gemeinsame politische Linie oder Strategie zu diskutieren. Spoerri beleuchtet in ihrer vergleichenden Analyse die Bedeutung einer geeinten Opposition bei der Überwindung autoritärer Herrschaft und erklärt zugleich, warum die zersplitterte Opposition sich im Jahr 2000 plötzlich zu einer Koalition formieren konnte.

Die Herausgeber sind sich der Tatsache bewusst, dass Revolutionen aus einem Zusammenspiel innerer wie äußere Kräfte entspringen. In ihrem eigenen Beitrag untersuchen sie daher die Bedeutung externen Drucks während der „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan. Wir vertreten die Auffassung, dass der US-amerikanische Einfluss von Russland und den abgesetzten Autokraten, die um eine Erklärung für ihren raschen Sturz durch Massenproteste rangen, maßlos überschätzt wurde. Die Beteiligung der Bevölkerung und der bedeutende gesellschaftliche Wandel waren demgegenüber wichtiger für die Untergrabung des verhassten Status quo. Während Russland überall eine US-amerikanische Beteiligung beim Sturz unbeliebter regionaler Führer wittert und die „farbigen Revolutionen“ durch eine bipolare Linse als Nullsummenspiele interpretiert, waren die Demonstranten in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan in Wirklichkeit weit davon entfernt, bloß passive und den Wünschen ausländischer Geldgeber unterworfenen Akteure zu sein. Die Entscheidung, auf die Straße zu gehen, resultierte jeweils aus den Gegebenheiten vor Ort und war von fremden Regierungen oder gar Agenten weitgehend unbeeinflusst.

Auch dieses Heft von *Totalitarismus und Demokratie* bietet Raum für Analysen, die den Rahmen des Themenschwerpunkts sprengen. So hat eine Untersuchung über Sigmund Neumanns Konzept des Totalitarismus aus der Feder des früheren Direktors des Hannah Arendt Institutes, Gerhard Besier, Eingang gefunden. Der Beitrag erschließt unveröffentlichte Ergänzungen zu Neumanns Werk „Permanent Revolution“ (1942), die zwanzig Jahre später verfasst wurden und die Kenntnis seiner Bemühungen um eine konzeptionelle Erfassung verschiedener Diktaturtypen wesentlich erweitern.

Das Heft wird durch Buchbesprechungen zu den Staaten und Regionen des Themenschwerpunkts abgerundet. Unser Dank gilt allen Autoren für ihre Energie, ihr Engagement und ihre Pünktlichkeit bei der Bearbeitung der Beiträge.

Die Gast-Redakteure
Donnacha Ó Beacháin
Abel Polese